

# Diafistoter Zeitung

## Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Er scheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expeditionsabteilung abgeholt 1 Mark.

### Aus der Friedensvorkonferenz.

Amsterdam, 28. Januar.

Aus Paris wird gemeldet: Pichon teilte Ypouner Blättermeldungen zufolge im Kammerauschuß mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestage des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

### Diplomatischer Situationsbericht laut Havas.

In der heutigen von Clemenceau geleiteten Versammlung der Vertreter der Großmächte am Quai d'Orsay gab Pichon Kenntnis von Überweisungen, die er für die interalliierte Untersuchungskommission, welche nach Polen gehen soll, ausgearbeitet hat. Als Vertreter Frankreichs in dieser Kommission wurden Rouleus und General Riesel bestimmt.

In der Nachmittagsitzung wurde die Frage der deutsch-afrikanischen Kolonien besprochen. Die lateinischen Vertreter setzten den Standpunkt ihres Reichs im Gegensatz von zwei besonders dazu herbegerufenen chinesischen Vertretern auseinander und General Botcha teilte die Ansprüche der Dominions mit, wonach Neu-Guinea an Australien und die Samoainseln an Neuseeland sowie Südafrika an die Südafrikaner fallen sollen. Sodann kam Westafrika, Togo und Kamerun zur Sprache. Wilson entwickelte seine peribrische Theorie für die Regelung der Kolonienstraßen. Nach seinem System würde der Völkerbund die Verwaltung dieser Gebiete einem Mandatarstaat übertragen.

„Daily Chronicle“ meldet laut Reuter aus Paris: Bei der Beratung über das Schicksal der Kolonien trat Wilson für Internationalisierung der deutschen Kolonien ein. „Daily Mail“ meldet aus Paris: Wilson ersuchte um Beweismaterial für die Ansprüche Australiens auf Neu-Guinea.

Hollands Nieuwe Bureau meldet aus Paris: Bezüglich der deutschen Kolonien sind folgende Vereinbarungen getroffen worden: 1. Eine einzige deutsche Kolonie wird an Deutschland zurückgegeben werden. 2. Die Kolonien werden vom Völkerbund übernommen. Da aber die Erfahrung gelehrt hat, daß die internationale Verwaltung von Grundgebieten bis jetzt als mangelhafte Institution sich erwiesen hat, werden die Kolonien von verschiedenen Staaten in vormundschaftliche Verwaltung genommen werden. Es heißt, daß England und Frankreich verlangt haben, daß von diesen Bestimmungen einige Ausnahmen gemacht werden, und zwar mit der Begründung, daß gewisse Kolonien in Zukunft integrierende Bestandteile des Dominiums werden sollen.

Bezüglich der deutschen Kolonien hat die Konferenz laut Havas eine Fassung vorgesehn, nach der die Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien dem Völkerbund übertragen wird, der seine Befugnisse an die unmittelbar interessierten Nationen überträgt. Wenn dieser Gedanke sich durchsetzt, wird Frankreich Togo und zwei Drittel von Kamerun verwalten.

Genf, 28. Januar. W. I. B.

Bundespräsident Apor traf, von Paris kommend, hier ein. In Beantwortung einer Begrüßungsansprache führte der Bundespräsident u. a. aus, daß nicht von einer Friedenskonferenz gesprochen werden könne, daß es sich hierbei vielmehr um eine Konferenz der Alliierten handle zur Besprechung der den Besiegten auferlegenden Bedingungen. Dies sei auch der Grund, weshalb die neutral gebliebenen Staaten nicht zugelassen würden. Wenn einmal der Bund der Nationen bestimmte Gestalt annehmen würde, würden auch die Neutralen dazu berufen werden.

Berlin, 28. Januar. W. I. B.

Die englische Regierung hat der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt, daß der General von Lettow-Vorbeck mit seiner Schutztruppe sich noch in Darassalam befindet. Der Tag der Überführung nach Europa ist noch nicht festgesetzt, doch soll der Abtransport bald erfolgen. Die Reise wird voraussichtlich einen Monat dauern.

Nach dem „Nieuwe Rotterdam“ meldet der Korrespondent der „Times“: Unter den Delegierten auf der Friedenskonferenz herrsche die Erwartung, daß

man wohl Hoffnung haben dürfte, aber noch kein unbegrenztes Vertrauen; in einflussreichen Kreisen besteht der lebhafteste Wunsch nach Verbesserung der unzulänglichen Organisation der Konferenz. Man besürchtet, daß gegen die Tendenz, daß die Konferenz als ausschließliche Angelegenheit der Großmächte zu betrachten ist, etwas unternommen wird, da sonst der Wert der Arbeit der großen Kommission ernstlich leiden würde. Keiner der kleinen Staaten bestritt, daß die Ansichten und Interessen der Großmächte den Ausschlag geben müssen, aber sie haben alle Bedenken gegen die Auffassung, daß die große Kommission allein entscheiden kann, ohne sie zu Rate zu ziehen und daß sie dann diese Entscheidungen widerspruchslos hinnehmen sollen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Methode, die in der Sitzung am Sonnabend schon unangenehm zutage trat, in Zukunft geändert werden wird und daß die kleinen Mächte formal und informell bei Angelegenheiten von allgemeinem Interesse und in Fragen, die sie selbst betreffen, zu Rate gezogen werden sollen. Die äußerste Richtung, die Clemenceau vertrat, wird also wahrscheinlich in der Praxis gemildert werden. Auf diese Weise wird verhütet werden, daß sich die Konferenz in Gruppen von Großmächten und kleinen Staaten spaltet. Dann werden auch die Vertreter der kleinen Staaten das Gefühl verlieren, daß ihnen Unrecht geschieht.

### Der Abtransport der deutschen Truppen aus der Ukraine.

Wolffmeldung

Berlin, 28. Januar.

Der Abtransport der zur Heeresgruppe Kiew gehörigen deutschen Truppen macht gute Fortschritte. In Pinsk ist der letzte Truppentransport aus der Richtung Homel eingetroffen. Darauf wurde Pinsk am 26. Januar geräumt. In Powarsk sind aus der Richtung Kiew nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajewsk und Odesa abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß zurückmarschiert sind, haben die Linie Pinsk-Kowel in westlicher Richtung überschritten.

Reuters Sonderberichterstatter in Odesa meldet unter dem 24. Januar: Der Wortlaut der kürzlich vom Direktorium in Kiew veröffentlichten Verlautbarung, der jetzt hier eingetroffen ist, rechtfertigt die gegen die sogenannte sozialistische Bewegung erhobene Anklage, daß sie nichts anderes sei, als ein nationaler Bolschewismus. Jedem Anhänger von Petljura werden 25 Hektar Land angeboten, falls er sich beim Heere stellt. Die Streitkräfte Petljuras haben die Blockade von Odesa aufgehoben. Die Franzosen halten die Kiewer Hauptlinie von Kiew nach Kischinew besetzt. Sie haben ferner ihre Besetzungzone etwas östlich Nikolajewsk ausgedehnt. Die griechische Streitmacht, die aus Saloniki hier eingetroffen ist, handelt zusammen mit Frankreich. Bolschewistische Agenten versuchen heimlich, Kundgebungen in französischer und englischer Sprache unter den Land- und Seestreitkräften der Alliierten zu verteilen, aber die bolschewistischen Bemühungen sind so berichtigt, daß sie gewöhnlich verhöhnt werden. (??)

### Endgültige Niederlage der Spartakisten in Wilhelmshaven.

Wolffmeldung

Oldenburg, 29. Januar.

In Wilhelmshaven sind die Spartakusleute endgültig unterlegen. Sie hatten sich in der Tausendmann-Kaserne verschanzt, die mit 6 cm - Bootskanonen beschossen wurde. Die Spartakisten wurden zur bedingungslosen Übergabe gezwungen. Das Geld, das sie von der Reichsbank erpreßt hatten, und das insgesamt etwa eineinhalb Millionen Mark betrug, mußten sie herausgeben. Es sollen nur 20 000 Mark nicht wieder zurückgeliefert worden sein. Bei den Straßenkämpfen hat es acht Tote und 30 Verwundete gegeben. Der Streik der Eisenbahner wegen Lohnforderungen dauert an, aber der Bahnverkehr mit Wilhelmshaven ist von den Besonnenen Elementen wieder aufgenommen worden.

### Der sogenannte Völkerbund.

Wolffmeldung

London, 28. Januar.

Die Blätter veröffentlichen, wie Reuter berichtet, die Umrisse des britischen Entwurfs für den Völkerbund, der den Grundsatz der Abschließung und des Zwanges gegen einen des Angriffs schuldigen Staat ausspricht. Die britischen Vertreter setzten die Regelung von Streitigkeiten unter den Aufgaben des Völkerbundes an die erste Stelle, aber man hat seine Aufmerksamkeit auch auf folgende Aufgaben auszudehnen: Unterstützung von neuen Staaten, Überwachung des Handels mit Waffen und Munition, Aufrechterhaltung der Freiheit der Verkehrswege sowie regelmäßiger Handelsbeziehungen, die Arbeiten wirtschaftlicher, gesundheitlicher und anderer gemeinsamer Fragen und die Errichtung einer gemeinsamen Organisation für die Behandlung der internationalen Arbeiterfragen.

Der Entwurf sieht für die allgemeine Konferenz aller Delegierten einen kleineren ausführenden Rat und ein dauerndes Sekretariat vor. Deutschland soll fürs erste ausgeschlossen werden, aber nicht unnötig lange. Für die Regelung gerichtlicher Streitfälle muß ein Schiedsgerichtshof errichtet werden bis zur Schaffung eines dauernden Gerichtshofes für internationale Entscheidung gerichtlicher Streitfälle. Für nichtgerichtliche Streitfälle muß der Rat oder die Konferenz zuständig sein. Fälle, bei denen Zwang ausgeübt wird, werden sein:

Wenn die angreifende Macht darauf besteht, Krieg zu führen, ohne dem Völkerbund zu gestatten, sich gewisse Erörterungen über die Streitfrage zu sichern; wenn eine der streitenden Parteien sich dem Schiedspruch fügt und die andere Partei sich weigert, ihn als entscheidend anzunehmen.

Für Öffentlichkeit der Verträge und Aufhebung gewisser Verträge, die den Grundsätzen des Völkerbundes zuwiderlaufen, wird Vorfrage getroffen werden müssen. Hinsichtlich der Abrüstung ist man der Auffassung, daß die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht genügt. Man denke an die Aufstellung des Grundgesetzes, daß kein Staat das Recht hat, bewaffnete Kräfte von einer Stärke zu halten, die auf Angriffsabsichten schließen läßt.

### Die Unruhen in England.

Wolffmeldung

London, 29. Januar.

Die in England herrschende Streikbewegung wird folgenden Ursachen zugeschrieben: Der großen Kraftanstrengung, die der Krieg von den Arbeitern gefordert hat, dem Umstande, daß die Arbeiter befürchten, die Demobilisation werde die Arbeitslosigkeit fördern, wenn die Arbeitszeit nicht verkürzt werde, und der gesteigerten Aufwendung für die Lebenshaltung. Auch haben die Kriegsgewinne, obwohl sie mit 80% versteuert worden sind, die Unzufriedenheit der Bevölkerung erregt. Endlich sind, wie die Blätter behaupten, revolutionäre Agitatoren dauernd tätig, um die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung zu schüren. Die Anzahl der Streikenden im vereinigten Königreich wird auf 125 bis 150 000 geschätzt.

Amsterdam, 28. Januar.

Wie ein hiesiges Blatt aus London meldet, streikten am 27. Januar ungefähr 10 000 Schiffsbauarbeiter an der Themse und in Manchester 4000 Dockarbeiter. Am Clyde wird an zahlreichen Werften gestreikt. Auch die Gemeindefabrikanten und Packer sind in den Ausstand getreten. In Belfast streiken außer den Schiffsbauern und Metallarbeitern auch die Elektriker. Sie verlangen die Arbeitswoche von 44 Stunden. In Glasgow sind sogar die Totengräber in den Ausstand getreten. Sämtliche Streiks finden gegen den Rat der Führer der Gewerkschaften statt.

### Unliebsame Vorwürfe.

Wolffmeldung

Berlin, 29. Januar.

In der letzten Sitzung der französischen Kammer erhob nach einer Pariser Meldung des „Berliner Tageblatts“ der sozialistische Abgeordnete Barthe gegen die französische metallurgische Industrie heftige Vorwürfe, da sie noch während des Krieges Beziehungen zur deutschen Industrie und besonders mit Ruhr unterhalten habe. Die

Besamten des Hütkenkomitees seien mit Hunderttausenden bestochen worden. Neutrale Schiffe, die mit Nickel nach Deutschland unterwegs gewesen seien, habe man entgegen den militärischen Interessen absichtlich passieren lassen. Auch habe man bei dem allgemeinen Rückzug 1914 auf Veranlassung der Großindustrie die Erzbecken Brich und Longwy nicht zerstört. Die Entgegnungen des Repräsentanten und des Vorsitzenden des Hütkenkomitees, de Wendel, beschränkten sich auf einfache Dementis. Aus den Erklärungen des Ministers für Wiederaufbau ist als interessant hervorzuheben, daß 30 bis 40 Prozent der von England nach Frankreich bestimmten Erzabgaben versenkt wurden.

### Gelegentlich tun sie auch noch anders.

Wolffmeldung.

Berlin, 28. Januar.

In der Sitzung der Waffenstillstandskommission vom 27. ließ die deutsche Regierung zur Frage der alliierten Lebensmitteltransporte durch deutsches Gebiet über Danzig erklären, sie sei prinzipiell bereit, die Durchfuhr zu gestatten, wenn die beschleunigte Rückgabe des zur Verfügung gestellten Eisenbahnmateriale gewährleistet würde.

Der Vertreter der deutschen Regierung hat um Auskunft, ob die in Polen weilende amerikanisch-polnische Lebensmittelkommission im Auftrage der alliierten Waffenstillstandskommission handle. Es wurde um schriftliche Aufklärung gebeten, daß sich die Tätigkeit der Ernährungskommission auf die Lebensmitteltransporte beschränkt und sie sich jeder politischen Betätigung enthalten werde. Die deutsche Regierung behalte sich außerdem vor, die Abberufung der polnischen Kommissionsmitglieder zu verlangen, falls diese national-polnische Propaganda zu treiben versuchten. Es könne nicht geduldet werden, daß durch unverantwortliche Machenschaften der Entscheidung der Friedenskonferenz über die Regelung der Ostgrenze Deutschlands vorgegriffen werde.

### Das Endresultat der preussischen Wahlen.

Wolffmeldung.

Berlin, 29. Januar. W. T. S.

Das Endresultat zu den Wahlen zur preussischen Landesversammlung liegt nach nichtamtlichen Meldungen nunmehr vor, bis auf das Ergebnis des 8. Wahlkreises Posen mit 21 Mandaten. Von den 401 Mandaten entfallen auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 142, auf die Christliche Volkspartei 87, auf die Deutschdemokratische Partei 61, auf die Deutsch-nationale Volkspartei 41, auf die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands 24 und auf die Deutsche Volkspartei 18 Mandate. Außerdem haben erhalten: die schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie im 14. Wahlkreis Schleswig-Holstein einen Sitz, die Welfen im 15. Wahlkreis Aurich-Stade-Osnabrück zwei und im 16. Wahlkreis Hannover-Hildesheim-Elneburg vier Sitze.

### Gegen den neuen Kommandovertrag.

Wolffmeldung.

Berlin, 29. Januar.

Eine kürzlich verlaufene Offiziersversammlung des deutschen Offiziersbundes erhob schärfsten Protest gegen den Erlaß des Kriegsministers über die Neuregelung der Kommandogewalt. Der Kriegs-

minister, Oberst Reichardt erklärte, daß er die volle Verantwortung für den Erlaß zu tragen bereit sei. Die Verordnung sei ein Kompromiß. Mit den Soldatenräten müsse man eben rechnen. Es gelte, die Brücke zu bauen, die eine Zusammenarbeit zwischen Offizieren und Soldatenräten ermögele. Diese Brücke soll die neue Verordnung sein. In der Versammlung, die sich auf eine Protestentschließung gegen den Erlaß festlegte, wurden besonders auch Rufe nach strafloser, möglichst gewerkschaftlicher Organisation laut.

### Die Niederlage der Bolschewiki in Estland.

Wolffmeldung.

London, 27. Januar.

Reuter hört, daß nach den letzten Nachrichten, welche die britischen militärischen Stellen erhalten haben, die Niederlage der bolschewistischen Heere in Estland jetzt vollständig ist. Diese Niederlage hat die Sowjetpropaganda Lügen gestraft, die versucht hat, die Leistungsfähigkeit der Roten Armee und die revolutionäre Begeisterung, die sie entfachte, zu übertreiben. Es ist bekannt, daß mehrere Regimenter Roter Garde desertierten, sobald sie reorganisierten Streitkräften gegenübergestellt wurden. Ein deutliches Zeichen dafür ist, daß das bolschewistische Heer von der Propaganda mehr Erfolg verspricht als von dem Kämpfen. Berichte aus alliierten Kreisen in Omsk bezeugen, daß die Bolschewisten nicht länger mehr als politische Partei angesehen werden können; sie bilden eine verhältnismäßig kleine Klasse, die das Volk terrorisieren. Die Bolschewiki begingen unbeschreibliche Grausamkeiten an der Bevölkerung. Alle Kirchen sind geschlossen, viele Geistliche ermordet; ein Bischof ist lebendig verbrannt worden.

### Die Deutschen in Ungarn.

Wolffmeldung.

Budapest, 28. Januar.

Ein von der ungarischen Regierung am 28. Januar erlassenes Volksgesetz über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in Ungarn sichert diesen bedeutende Rechte zu. Danach verbleibt ihnen: volle Autonomie für Innenverwaltung, Rechtspflege und Unterrichtswesen, die deutsche Sprache bleibt ihnen als Verkehrssprache gesichert, als gesetzgebendes Organ wird in autonomen Angelegenheiten eine deutsche Nationalversammlung fungieren, das Regierungsorgan der deutschen Nation wird das deutsche Ministerium mit dem Sitz in Budapest sein.

### Die Lage in Bulgarien.

Wolffmeldung.

Berlin, 28. Januar.

Aus Bulgarien hierher gelangte Nachrichten besagen, daß im Lande Ruhe und Ordnung herrscht. Ministerpräsident ist an Stelle des zurückgetretenen Danilow der Vizepräsident der Nationalpartei Todor Todorow. Slapischew übernahm das Kriegsministerium und Dr. Danew das Finanzministerium. Sämtliche in Bulgarien ansässig gewesenen Reichsdeutschen haben das Land verlassen müssen. Der Geschäftsverkehr in Bulgarien ist einstweilen noch sehr wenig belebt.

Berlin, 29. Januar. W. T. S.

Die Behörden haben nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ die Bagdadbahn

übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, Hugelstein, ein Schweizer, wurde entlassen. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

Berlin, 29. Januar. W. T. S.

Die in den Ausbesserungswerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten 940 Arbeiter sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die geforderte sogenannte Entschuldungssumme von je 500 Mark nicht zugestimmt wurde.

Bromberg, 28. Januar. W. T. S.

Amlich wird mitgeteilt: Wilhelm Sidor wurde am 27. nachmittags von etwa 60 Polen mit einem Maschinengewehr angegriffen. Die Angreifer wurden abgewiesen und nach Georgstal zurückgetrieben. An den übrigen Stellen des Abschnittes Patrouillentätigkeit. Die Orte Gidorf, Tarawisko, Gröhlisdorf, Eichenau, Gischgrund, Elsendorf und Klein-Neudorf sind vom Feinde frei gefunden.

Gleiwitz, 28. Januar. W. T. S.

Eine Kommission englischer Offiziere traf am Montag in Danzig ein. Ein mehrtägiger Aufenthalt zwecks Erforschung der wirtschaftlichen Lage im Industriegebiet ist vorgesehen.

Wien, 28. Januar. W. T. S.

Laut einem aus Konstantinopel eingegangenen amtlichen Bericht hat der italienische Kommandant von Aletta die dortigen österröisch-ungarischen Botschafts-, Konsulats- und Schulgebäude als ehemaliges venezianisches Territorium besetzt. Auf diesen Baulichkeiten wurde die italienische Flagge gehißt. Gegen diese völkerrechtswidrige Belegung ist von Österreich auf diplomatischem Wege Protest erhoben worden.

Bern, 27. Januar. W. T. S.

Bisher sind beim Organisationskomitee der sozialistischen Konferenz 40 Delegationen mit 120 Mitgliedern angemeldet worden, die zwölf verschiedene Länder vertreten. Auch die belgische Arbeiterpartei hat beschlossen, Delegierte zum Kongress zu entsenden. Die Vorversammlungen haben am 26. Januar begonnen. Der ersten Sitzung wohnten für Rußland Axel Kob und Kawronow, für Litauen Saja bei.

Bern, 28. Januar. W. T. S.

Der Nationalrat beschloß, die Neuwahlen für den Nationalrat erst im Herbst vorzunehmen, so daß der neue wählte Bundesrat zum ersten Male im Dezember 1919 zusammentreten wird.

Ugram, 28. Januar. W. T. S.

Serbische Bataillone zogen in Fiume ein, das von Italienern geräumt wurde.

Washington, 27. Januar. W. T. S.

General March teilte im Senatsauschuß für Herrschaftsangelegenheiten mit, daß Abmachungen mit den Schiffahrtsinstanzen getroffen worden sind, damit 300000 Amerikaner im Morat heimbeordert werden können und daß das ganze Expeditionsheer innerhalb sechs Monaten heimbeordert und demobilisiert werden kann. Wilson wird in Paris die Größe der amerikanischen Besatzungsarmee festsetzen. Es seien zehn Divisionen als Anteil Amerikas vorgelesen. March ist dafür, daß die Vereinigten Staaten ein stehendes Heer von einer halben Million besitzen.

Hauptgeschäftlicher: O. U. S.

Druck und Verlag der „Mainzener Zeitung“.

# Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczet 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lulz.  
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.  
Ekspedycja: Mikołajewska 3.

Drukarnia i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześcioliniowy, pięcioletni 25 fen. Ogłoszenia mieszkalne i poszukiwania posad 15 fen. Przy powtórzeniach i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

## Z konferencji Paryskiej.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 28. stycznia.

Dyplomatyczne sprawozdanie z sytuacji wedle Ha-wasa.

Podczas dzisiejszego, pod przewodnictwem Clemenceau odbytego posiedzenia przedstawiciele wielkich państw przy Qaroi d'Orsay powiadomił Pichon o wskazówkach, które opracował dla międzynarodowej komisji śledczej mającej udać się do Polski. Jako przedstawiciele Francji w tejże komisji wybrano Nowleusa i generała Riessela.

W godzinach po południowych omawiano kwestje kolonii niemieckich. Laciusey przedstawiciele przedłożyli punkt widzenia swego państwa w przeciwieństwie do dwóch specjalnych w tym celu wezwanych przedstawicieli chińskich, a generał Gorthe zakomunikował żądania dominji, wedle czego Nowa Gwinea do Australji a wyspy Somwai do Nowo-Zelandji jak też południowa Afryka do południowych afrykańczyków mają przypaść. Potem mówiono o Afryce zachodniej, Togo i Kamerunie. Wilson wygłosił swe osobiste teorie dla uregulowania kwestji kolonialnych. Wedle jego systemu oddał związek narodów zarząd tych ziem państwu mandatowemu.

Hollands Nieuwe Bureau donosi z Paryża: Pod względem kolonii niemieckich powzięto następujące postanowienie: 1. Jedna jedynie kolonia oddana będzie Niemcom. 2. Związek narodów obejmie kolonie. Ponieważ jednak doświadczenie nauczyło, że międzynarodowy zarząd ziem okazał się dotychczas jako niedostateczna instytucja, kolonie oddawane będą pod opiekę rozmaitych państw. Podobno Anglja i Francja zażądały, by pod tym względem zrobiono parę wyjątków, a mianowicie dla tego, że niektóre kolonie w przyszłości stać się mają integralnymi częściami dominji.

## Protest przeciwko zdobyczom.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 27. stycznia.

Komunikat robotniczy z Paryża brzmi: Prezesi ministrów, ministrowie spraw zagranicznych sprzymierzonych państw uznali zaprojektowany przez Wilsona uroczysty protest przeciwko wszystkim tym, którzy stosują gwałt aby zawiadnąć ziemią, w której jedynie kongres ma prawo rozstrzygać. Rząd polski nie zadowolnił się tem, aby walczyć przeciwko bolszewikom, lecz podzielił swe siły przeciwko wschodowi Niemiec.

Wedle doniesienia „Progres de Lyon” sprawozdanie amerykańskie co do kwestji winy byłego cesarza niemieckiego różni się zasadniczo od innych referatów i nie będzie wymagał ukarania go. Przeciwnie, wystąpi się nawet za pozostawieniem go na wygnaniu. Przy badaniach kwestji winy trzymać się będą głównie wiadomości otrzymanych od głównego Domu, o których dowiedziano się jeszcze przed sierpniem 1914 roku, a które podają za inicjatorów wojny zupełnie inne niż cesarza.

Wedle innego doniesienia „Progres de Lyon” ostrzeżenie Wilsona do narodów, chcących zdołać i ufa-

jących w swe siły, zredagowane zostało przez niego osobiście.

Berlin, 28. stycznia.

Z Pity donoszą, że polacy opuścili już także Węgrowo i powiat Rogoziński. Zebrali za to wiele oddziały wojska wokół Torunia.

## Związek narodów.

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 28. stycznia.

Pisma publikują, jak donosi Reuter, zarysy projektu brytyjskiego dla związku narodów, wyrażające zarys rozstrzygnięcia i przymusu w razie jakiegoś napadu. Przedstawiciele brytyjscy na pierwszym miejscu zadań jakie ma spełnić związek narodów stawiają uregulowanie w razie zatargów, zwrócono jednak uwagę także na następujące zadania: Wspomaganie nowych państw, nadzór nad handlem bronią i amunicją, utrzymanie swobody na drogach morskich jak też regularne stosunki handlowe, prace ekonomiczne, higieny i innych wspólnych kwestji i urządzeń wzajemnej organizacji dla traktowania międzynarodowych kwestji roboczych.

Projekt przewiduje dla ogólnej konferencji wszystkich delegatów mniejszą wykonawczą radę i trwały sekretariat. Niemcy mają początkowo być wykluczone, lecz nie konieczne długo.

Dla uregulowania sądowych nieporozumień musi ustanowiony być sąd rozjemczy aż do utworzenia stałego sądu dla rozstrzygnięcia międzynarodowych sądowych nieporozumień. Dla niesądowych zatargów dostateczną musi być rada, lub konferencja. Wypadki, w których stosowany jest przymus są:

Jeśli zaczepiające państwo obsława przy prowadzeniu wojny, bez dozwolenia związkowi narodów zapewnienia sobie rozstrzygnięcia danej kwestji.

Jeśli z niezgodnych partji ulegnie dacyzji, a druga wzdraga się przyjąć jako rozstrzygnięcie.

Dla ogłaszania ugód i zniesienia niektórych kontraktów, sprzeczącemu się związkowi narodów, będzie trzeba wynaleść stosowne wyjścia.

Co się tyczy rozbrojenia, to jest się zdania; że zniesienie ogólnej obowiązkowej służby wojennej nie wystarczy. Należy pamiętać o ustanowieniu zasady, że żadne państwo nie ma prawa utrzymywania sił zbrojnych, które mogłyby być niebezpieczne.

Berlin, 29. stycznia.

Pracujący w warsztatach reperaryjnych tramwajów w Berlinie 940 robotników porzuciło pracę, ponieważ nie przyznano im wymaganą tak zwaną sumę odszkodowań po 500 marek.

Wiedeń, 28. stycznia.

Wedle otrzymanego z Konstantynopla urzędowego komunikatu zajął włoski komendant Artetta tamtejszą austro-węgierską ambasadę, gmach konsulatu i szkoły jako byłe terytorjum weneckie. Na budynkach tych wywieszono chorągiew włoską. Przeciwno zajęciu ambasad wzięto się prawom międzynarodowym Austria zapowiedziała drogę dyplomatyczną.

Bern, 25. stycznia.

Dotychczas zameldowano w Komitecie organizacyjnym konferencji socjalistycznej 40 delegacji z 120 członkami, z rozmaitych krajów. Belgijska partja robotnicza postanowiła również wysłać na kongres delegatów. Posiedzenie rozpoczęły się tu dnia 26 stycznia. Na pierwszym posiedzeniu obecni byli od Rosji Aleksy Rod i Rawronow; od Litwy Saja.

Gliwice, 28. stycznia.

Komisja złożona z oficerów angielskich przybyła w poniedziałek do Bytomia. Kilkadniowy pobyt w celu zbadania położenia ekonomicznego w okolicy przemysłowej został przewidziany.

Bern, 28. stycznia.

Rada narodowa postanowiła urządzenie nowych wyborów dla rady narodowej dopiero w jesieni, tak że nowo wybrana rada związkowa po raz pierwszy zbie-rze się w grudniu 1920 roku.

Berlin, 29. stycznia.

Władze brytyjskie objęły, wedle doniesienia z Zurychu do „Vossischen Zeitung”, kolej Bagdadką. Główny dyrektor kolei Huguenin, szwajcar, został usunięty. Koleje w Turcji europejskiej zajęte zostały przez zarząd francuski.

Agram, 28. stycznia.

Bataljony serbskie wkroczyły do Fiume, które opuszczone zostało przez włochów.

Berlin, 27. stycznia.

Wedle telegramu z Haagi do „Deutschen Allgemeinen Zeitung” udał się przyzident Wilson w niedzielę rano w towarzystwie admirała Gragsona i dwóch generałów do Reims. Zwiedzi on jeszcze kilka innych miast aby obejrzeć poczynione tam szkody.

Waszyngton, 27. stycznia.

General March zakomunikował wydziałowi senatu dla spraw wojskowych, że poczynione zostały układy instacją żegluga, aby 300.000 amerykańskich miesięcznie można było odsyłać do domów i by cała armja ekspedycyjna mogła być odesłana i zdemobilizowana w ciągu sześciu miesięcy. Wilson określi liczbę załogi amerykańskiej w Paryżu. Przewidziano dziesięć dywizji jako udział Ameryki. March jest za tem, by Stany Zjednoczone posiadały stałą armję półmilionową.

Amsterdam, 28. stycznia.

Z Paryża donoszą: Pichon zakomunikował wedle doniesień pism Lyonskich, że ogólna konferencja pokojowa wszystkich prowadzących wojnę rozpocząć się ma 10 maja, w rocznicę pokoju Frankfurckiego w Wersalu.

Londyn, 28. stycznia.

„Daily Chronicle” donosi wedle Reutera z Paryża: Podczas obrad nad losami kolonii wystąpił Wilson za międzynarodownieniem kolonii niemieckich.

„Daily Mail” donosi z Paryża: Wilson zwrócił się z prośbą o dowody dla żądań Australji wymagającej Nowej Gwinei.

